

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

25.7.1919 (No. 171)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Straßen-Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 M 32 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Teuerungszulage. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Regelung des kleinen Grenzverkehrs.

Die Bewohner der Grenzzone an der badisch-schweizerischen Grenze sind gewohnt, einen erheblichen Teil ihres Bedarfs an Gegenständen des täglichen Verbrauchs in der benachbarten Schweiz zu decken, sei es, weil im Inlande das diese Verbrauchsgegenstände erzeugende Hinterland fehlt, sei es, weil diese Gegenstände in der Schweiz vielfach billiger zu haben sind. Dieser in mancher Hinsicht durch die Anlage C zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag auch gesetzlich festgelegte grenznachbarliche Verkehr, der sogenannte „kleine Grenzverkehr“, hat unter den Einwirkungen des Krieges sehr gelitten. Die Schweiz mußte auf Drängen der Entente hin die Tür immer mehr schließen und sie hat am Ende nur noch in ganz beschränkter Maße und gegen Kartontrolle die Abgabe einzelner Bedarfsgegenstände an die deutsche Grenzbevölkerung gestattet. Um so freudiger wurde von den Bewohnern der badischen Grenzzone im Frühjahr die Nachricht begrüßt, daß wieder eine Reihe von Lebens- und Genussmitteln wie Kaffee, Tee, Schokolade, Süßfrüchte, fattenfreie Mehle, Dürrohfrucht, Orangen, Zitronen, Rauchwaren und Wein, sowie Textilwaren wie Kleiderstoffe usw. in großem Umfang aus der Schweiz eingeführt werden dürften. Leider kommt der verhältnismäßig niedrige Preis, zu dem diese Dinge in der Schweiz gekauft werden können, bei dem schlechten Zustand unserer Valuta der badischen Grenzbevölkerung nicht zugute; sie muß erhebliche Mittel aufwenden, um die zum Teil lange Zeit entbehrten Gegenstände zu erwerben und empfindet es recht bitter, daß ihr die einzuführenden Waren durch die zu entrichtenden Abgaben, wie Zölle und Steuern, noch weiter verteuert werden. Seitens der Schweiz wird eine schmerzliche Empfindung darüber, daß die nach mehrjährigem Darinüberliegen des Zollverkehrs auf den plötzlich einsetzenden Massenandrang der Zollpflichtigen nicht eingerichteten Zollämter der sich ihnen entgegenstellenden Aufgabe zunächst nicht gewachsen waren, so daß sich zu der Erbitterung über das Zollgähnen der Äger über das lange Warten und Herumstehen bei den Zollämtern gesellte.

Der Unmut, der sich der Bevölkerung hierüber bemächtigte, kam in einer Reihe von Artikeln in den Tagesblättern zum Ausdruck. Es wurde den Zollbeamten schärfste Behandlung der Zollpflichtigen, der Regierung Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Grenzbevölkerung vorgeworfen, und unter Hinweis auf zu befürchtende Unruhen die sofortige Aufhebung der Zölle im kleinen Grenzverkehr verlangt. Soweit über das lange Warten bei den Zollämtern geklagt wurde, konnte die Zollverwaltung durch Vereinfachung einer größeren Anzahl von Beamten und durch sonstige Vorkehrungen dem zweifellos vorhandenen Mißstande abhelfen. Dagegen ist die badische Zollverwaltung und auch die badische Regierung nicht ermächtigt, die stürmisch verlangte Aufhebung der Zölle und sonstigen Eingangsabgaben für die im kleinen Grenzverkehr eingehenden Gegenstände von sich aus zu verfügen. Die Zölle und Abgaben, wie sie hier erhoben werden, sind durch Reichsgesetz festgesetzt; sie können nur durch Reichsgesetz wieder beseitigt oder geändert werden. Die Landesregierung würde sich einer dem Reich gegenüber nicht zu rechtfertigenden Eigenmächtigkeit schuldig machen, wenn sie z. B. die hier in Betracht kommenden Abgaben von sich aus auch nur vorübergehend aufheben wollte. Diese Sachlage wird vielfach von den Kreisen, die durch die Zölle betroffen werden, übersehen, wenn sie der Regierung Kurzsichtigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Wünschen der notleidenden Bevölkerung vorwerfen. Die Aussprache, die sich an die Interpellation der Abg. Bösch und Gen. kürzlich im Landtag angeschlossen hat, der Regierung Gelegenheit gegeben, vor dem ganzen Lande darzulegen, daß sie vom besten Willen in der Sache erfüllt ist und daß sie schon mehrere allerdings vergebliche Versuche gemacht hat, die Reichsregierung zu einem entscheidenden Schritte wegen der Suspension der Abgaben, um die es sich hier handelt, zu veranlassen. Die badische Regierung mußte sich bis jetzt darauf beschränken, ihre Zollorgane darauf hinzuweisen, daß sie jegliche Kleinlichkeit, insbesondere hinsichtlich der Gewichtsermittlung bei der Zollhebung im kleinen Grenzverkehr vermeiden, und sonstige noch zulässige Erleichterungen zu gewähren. Sie wird aber, um auch das Letzte nicht unversucht zu lassen, den Wägungen, ihr verfassungsgemäß noch zuzustehenden Weg beschreiten und einen förmlichen Antrag beim Staatsauswärtigen Amt einbringen, der die vorübergehende Aufhebung der Zölle im kleinen Grenzverkehr verlangt. Allerdings muß hieran auch die Erwartung geknüpft werden, daß die dann unter Umständen im kleinen Grenzverkehr zollfrei eingeführten Dinge ausschließlich

der Grenzbevölkerung zugute kommen, und daß nicht, wie es leider vielfach geschieht, die Gegenstände an Schieber weiter veräußert werden, so daß dann die noch zu erzielende Erleichterung lediglich den Kettenhandel und den Lebensmittelwucher fördern und weite Kreise der Grenzbevölkerung angesichts der großen, mit Rücksicht auf zu erzielenden Gewinne von einer regelrechten Arbeit fernhalten würde.

Die Gewährung einer Teuerungszulage.

1. Das Staatsministerium hat mit der Entscheidung vom 14. d. M. die folgenden Bestimmungen über die Gewährung einer Teuerungszulage an die Beamten, Bediensteten und Lehrer genehmigt. Da auch der Landtag die erforderlichen Mittel bewilligt hat, sollen die Vorschriften mit tunlichster Beschleunigung vollzogen werden.

2. Die neue Teuerungszulage erhalten alle Beamten, Bediensteten und Lehrer, die bisher die Kriegszulage und den Zuschlag zur Kriegszulage bezogen haben. Diese Bezüge fallen weg und werden mit dem 28. Februar d. J. eingestellt. Neben der Teuerungszulage wird nur noch die Teuerungsbefreiung, und zwar mit den bisherigen Sätzen, weitergewährt.

3. Die Bestimmungen über die Gewährung der Teuerungszulage weichen von den Grundsätzen über die Bemessung der Kriegszulage in wesentlichen Punkten ab. Die Teuerungszulage (TZ) wird ohne Rücksicht darauf, in welcher Gehaltsstufenabteilung der Beamte eingereiht ist, nach einheitlichen Sätzen gewährt. Die Bezüge sind beschleunigt, je nachdem der Beamte seinen Wohnsitz in Mannheim, an einem sonstigen Orte der Ortsklasse I oder an einem Orte der Ortsklasse II oder III oder IV und V hat. Der Höchstbetrag der TZ wird gewährt, wenn ein Beamter vier zu berücksichtigende Kinder hat; Beamte mit fünf und mehr Kindern erhalten dieselbe TZ wie ein Beamter mit vier Kindern. Die männlichen Beamten, die an Gehalt und Wohnungsgeld oder Vergütung nicht etwaigen sonstigen Bezügen an Dienstzulage, Nebengehalt, Ruhegehalt, Unfallrente und Militärrente (Militärpension) mit dem Betrag der TZ zusammen ein bestimmtes Mindesteinkommen nicht erreichen, erhalten neben der geordneten TZ eine außerordentliche Zulage insoweit und so lange, als ihre Gesamtbezüge — ohne die Teuerungsbefreiung — den Betrag des geordneten Mindesteinkommens nicht ausmachen.

4. Den ledigen Beamten wird die TZ je nach ihrem Lebensalter in verschiedenen Sätzen gewährt; die volle für Ledige vorgesehene Zulage wird erst nach Vollendung des 30. Lebensjahres bewilligt. Ein für Ledige mit besonderen Beträgen festgesetztes Mindesteinkommen wird den männlichen Beamten aber gleichfalls gewährleistet.

5. Das Gesamteinkommen der weiblichen Beamten, die im übrigen die TZ in gleicher Weise wie die männlichen Beamten erhalten, braucht das diesen festgesetzte Mindesteinkommen nicht zu erreichen; weibliche Beamte erhalten also keine außerordentliche Zulage.

6. Die Bezüge an TZ, die den nicht vollbeschäftigten Bediensteten bewilligt werden können, sind gegenüber den bisherigen Sätzen an Kriegszulage erhöht worden. Außerdem können nun auch Bedienstete mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 100 M. eine Teuerungszulage erhalten.

7. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß, wenn neben dem Beamten auch seine Ehefrau im staatlichen Dienste verwendet ist, diese gleichfalls eine TZ erhalten kann, aber nur mit dem um den Betrag von 250 M. gekürzten Satze für Ledige, gegebenenfalls für Ledige unter 30 Jahren. Anderen Mitgliedern desselben Haushalts wird die ihnen zustehende TZ in gleicher Weise gekürzt.

8. Im übrigen wird zu den neuen Bestimmungen bemerkt: Zu Ziffer 1. Den militärisch verwendeten Beamten usw. ist die volle TZ mit Wirkung vom 1. März d. J. wie den übrigen Beamten zur Zahlung anzuweisen. Wenn landsturmpflichtige oder nicht mehr wehrpflichtige Beamte über den 1. März d. J. im Overseendienst zurückbehalten worden sind und ihre Zivildienstbezüge deshalb von der Militärverwaltung zu erhalten waren, ist auch der Mehrbetrag an TZ gegenüber dem Gesamtbetrag an KZ und KZZ für die Zeit nach dem 1. März d. J. zur Erstattung anzufordern.

Zu Ziffer 2 f. Die TZ und die außerordentliche Zulage bilden zusammen einen Gesamtbetrag; in der Anweisungsliste werden die Einzelbeträge jedoch zweckmäßigerweise für sich angegeben und zusammengefaßt. Eine Änderung der Anweisung ist so lange nicht erforderlich, als der Gesamtbetrag unverändert bleibt.

Zu Ziffer 6. Bei den Bediensteten mit einer Vergütung von weniger als 900 M. jährlich wird der Kinderzuschlag von 5 v. H. für jedes zu berücksichtigende Kind, also auch für mehr als vier Kinder bewilligt.

Zu Ziffer 10. Die aus dem Overseendienst förmlich entlassenen, dann aber bei der Militärverwaltung auf Dienstvertrag weiterbeschäftigten Beamten erhalten die TZ für die Zeit nicht, in der sie kein Dienstverhältnis aus der badischen Staatskasse beziehen oder bezogen haben.

Ferner sind nachfolgende Bemerkungen hervorzuheben: Die Beamten usw. sollen über die neuen Bestimmungen eingehend belehrt und angewiesen werden, die erforderlichen Anzeigen an die vorgesetzte Dienstbehörde zeitig zu erstatten. Ist in den Verhältnissen eines Beamten eine Änderung eingetreten, die bis jetzt zu Unrecht bei der Regelung der Teuerungszulage unberücksichtigt geblieben ist, so muß bei der Anweisung der TZ ein Ausgleich geschaffen werden. In diesem Zweck sollen die persönlichen und Familienverhältnisse der Beamten, soweit sie auf die Gewährung der TZ von Einfluß sind, von den vorgesetzten Dienstbehörden nachgeprüft werden.

Es ist möglich, daß bei jüngeren weiblichen Beamten der Betrag der TZ an sich geringer wäre oder nicht wesentlich höher ist, als der bisherige Gesamtbetrag an KZ und KZZ. In diesen Fällen wäre die Auszahlung des Vorschusses von 300 M. auf die TZ ganz oder teilweise über den tatsächlich zustehenden Betrag hinaus erfolgt. Bei den Beamtinnen, die es angeht, soll nun der Teilbetrag für die Monate August bis Dezember d. J. aus der TZ voll ausbezahlt werden, wie er sich bei der Befassung des bisherigen Gesamtbezuges ergibt. Der etwaige Mehrbetrag an TZ für die Monate März bis Dezember d. J. soll auf den Vorschuss angerechnet werden. Von der Minderhebung des am Schluß d. J. nicht gedeckten Betrages des Vorschusses kann abgesehen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß als vollbeschäftigt geltende verträglichere Bedienstete, deren ständige Vergütung den Betrag von 900 M. jährlich nicht erreicht (z. B. Güteraufseher, Waldwegwarte usw.), nach Ziffer 6 der Bestimmungen nur eine TZ im Grundbetrage von 600 oder 700 M. erhalten können, soll zur Vermeidung gerechtfertigter Berufungen in den dazu geeigneten Fällen bei gleichartigen Bediensteten, deren Jahresvergütung den Betrag von 900 M. nicht wesentlich übersteigt, eine Sonderregelung in der Weise vorgenommen werden, daß die geordnete Teuerungszulage nicht mit dem vollen, sondern mit einem entsprechend ermäßigten Betrag bewilligt wird. Wir sehen der Einreichung begründeter Anträge entgegen.

9. Bei der Anweisung und Auszahlung der Mehrbeträge an TZ für die rückliegende Zeit soll darauf Bedacht genommen werden, daß die Bediensteten, die am 1. März d. J. noch nicht im staatlichen Dienste verwendet waren und deshalb keinen Vorschuss auf die TZ erhalten haben, alsbald in den Besitz des ihnen zustehenden Mehrbetrages kommen.

10. Bei der künftigen Anweisung der Teuerungszulage muß auch beachtet werden, daß die bisher für die Gewährung der Kriegszulage und der Teuerungsbefreiung gemeinsamen Bestimmungen von den neuen TZBest in einigen Punkten abweichen. Hierwegen wird insbesondere auf folgendes hingewiesen:

- a) Die TZ wird beim Sterbegerhalt mitberücksichtigt, die TZ dagegen nicht.
- b) Die TZ wird, wenn mehrere Angehörige desselben Haushalts im Staatsdienste beschäftigt sind, dem zweiten und jedem folgenden Gliede mit dem um je 250 M. gekürzten Betrage für Ledige gewährt, die TZ dagegen mit dem vollen, nach den persönlichen Verhältnissen zustehenden Betrage für Ledige.
- c) Bei der TZ werden die Kinder nicht berücksichtigt, die ein Einkommen oder einen Verdienst usw. von monatlich 50 M. haben, bei der TZ bleibt die bisherige Grenze von 80 M.
- d) Das Wohnungsgeld wird (auch als Entschädigung für freie Wohnung usw.) bei der TZ in Rechnung gestellt, bei den TZ dagegen nicht.

* Der demokratische Parteitag.

Der demokratische Parteitag, der 3 1/2 Tage der verflochtenen Woche in Anspruch genommen hat, wird von demokratischer Seite selbst als der Vorläufer eines noch in diesem Jahre kommenden, neuen großen Parteitages bezeichnet, der die gewichtigen und für die weitere Parteientwicklung schlechthin ausschlag gebenden Fragen endgültig beantworten soll, die diesmal nach Lage der Dinge nicht haben erledigt werden können.

Die demokratische Partei legt Wert darauf, als ein ganz neues Parteigebilde betrachtet zu werden. Das ist insofern berechtigt, als sie ja die größten Teile zweier verschiedener Parteien in sich aufgenommen hat und unter Umständen geboren wurde, die mit denen der früheren Zeit kaum noch verglichen werden können. Während die Politik der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen früher sehr wesentlich beeinflusst wurde durch die Stellung, die sie der monarchisch-bureaucratischen Staatsform gegenüber einnahm, liegen die Dinge heute völlig anders. Das Ziel der wirklich demokratisch empfindenden Kreise innerhalb der Fortschrittspartei ist erreicht, ja das Erreichte ist sogar noch über die Wünsche und Bestrebungen dieser Kreise hinausgegangen. Was die Nationalliberalen betrifft, so waren sie ihrer ganzen Geschichte und ihrem Programm nach keine Freunde dieser Entwicklung; sie waren eine konstitutionell-monarchisch gesinnte Partei, und lediglich die Erfahrungen des Krieges haben es vermocht, hierin einen Wandel zu schaffen, der so stark war, daß sich der größte Teil der einstigen Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei zur demokratischen Partei verdamolte. Daß diese neue demokratische Partei grundsätzlich republikanisch empfindet, kann nach dem Verlauf des Parteitages zum Parteiprogramm Rechtsanwalt Dr. Frankfurter-Berlin, unter lebhaftem Beifall betont, daß, wer an der Republik rüttelt, ein Hochverräter ist, daß die Republik als die Grundlage unserer weiteren staatlichen Entwicklung zu betrachten sei.

Es ist sonach durchaus berechtigt, von einer neuen Partei zu sprechen, die von Haus aus verschiedenartige Elemente in sich vereinigt, so ist doch andererseits die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß die beiden Parteien, Nationalliberale und Fortschrittler, in wirtschaftspolitischen Hinsicht, wenn auch mit bemerkenswerten Abweichungen und Modifikationen, auf demselben Boden standen, nämlich auf dem Boden des Liberalismus, des Kapitalismus. Nun hat sich allerdings gleich bei der Begründung der neuen Partei gezeigt, daß die Kreise der ehemaligen nationalliberalen und fortschrittlichen Partei, die ihre liberalistisch-kapitalistischen Anschauungen nicht zu verabschieden und zu revidieren vermochten, der neuen Partei von vornherein fern blieben und sich zur deutschen (liberalen) Volkspartei zusammenschlossen. Damit ist eine gewiß wünschenswerte Klärung geschaffen worden. Aber gerade der Parteitag dieser Woche hat erkennen lassen, daß die Klarheit in der Stellungnahme zu den maßgebenden wirtschaftspolitischen Prinzipien auch in der neuen Partei noch nicht völlig erreicht ist. Diese Tatsache drückt sich sowohl in der vom Parteitag angenommenen Entschließung, wie auch in den Reden der führenden Persönlichkeiten aus. Am liebsten möchte natürlich die demokratische Partei die beiden großen Gegensätze Individualismus und Sozialismus miteinander ausgleichen. Eine solche Ausgleichsarbeit wäre zweifellos etwas was den Dank des ganzen Volkes verdiente. Aber selbstverständlich bringt eine derartige Tätigkeit die betreffende Partei von vornherein in eine Situation gewisser Halbheiten und Kompromißnotwendigkeiten. Und es ist durchaus begreiflich, daß ein starker Teil der Parteimitglieder lieber eine ganz eindeutige, auf ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Ziel festgelegte Taktik wünscht. Der nächste große Parteitag wird ja infolgedessen auch vor allem die Aufgabe haben, das eigentliche Parteiprogramm festzulegen.

Einstweilen hat sich die demokratische Partei zu einer Politik bekannt, die, wie es in der Entschließung heißt, Freiheit der Persönlichkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung bei gerechtem sozialem Ausgleich fordert, die also das individualistische Prinzip an erster Stelle betont. Einer der Hauptredner des Parteitages, Dr. Frankfurter, ist auf dieselbe Frage des näheren eingegangen. Aber auch seine Darlegungen sind, sofern sie von der Presse richtig wiedergegeben wurden, so gehalten, daß man das Bestreben erkennt, Individualismus und Sozialismus auf der Basis des Privateigentums und der Privatwirtschaft miteinander zu versöhnen und auszugleichen. An sich ist es, wenn wir die geschichtliche Entwicklung unseres Volkes von höherer Marke aus betrachten wollen, nur zu begrüßen, wenn eine starke Partei vorhanden ist, die sich grundsätzlich bemüht, wertvolle alte Bestände zu retten, berechnete Interessen der nun einmal vorhandenen Erwerbschichten zu schützen und sie in Einklang zu bringen mit dem vorwärtsstürmenden Eifer anderer Parteien. Der wahre soziale Gedanke tritt erst dann in Erscheinung, wenn es gelingt, allen, für das Gemeinwohl irgendwie wertvollen Berufschichten, gerecht zu werden.

Der Parteitag hat die Haltung der Fraktionen gebilligt, aber zugleich eine aktive, positive Politik verlangt, auf jeden Fall aber die Möglichkeit eines etwaigen Abschwürens nach rechts weit von sich gewiesen. Auch Schiffer hat sich in einem Sinne geäußert, der ganz erheblich von dem seiner bekannten Rede in der Nationalversammlung abweicht. Er hat erklärt, daß an einen Womarsch nach rechts kein Mensch in der Fraktion denkt, daß eine Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie den Beginn eines neuen Bürgerkrieges bedeuten würde, wie er auch dem Schlagwort von den bürgerlichen Parteien überhaupt den Abschied erteilt. Bürger sind wir alle, der Arbeiter so gut wie jeder andere, die Revolution macht dem Massenstaate ein Ende. Bürgerliche Parteien im Gegensatz zu einer Arbeiterpartei gibt es nicht mehr. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ hierzu bemerkt, daß sei ein ausgezeichnetes Wort, und es sei nur zu wünschen, daß es auch befolgt werde, so können wir ihr hierin nur beipflichten.

Die wahren Gründe des Zusammenbruchs.

Der „Münchener Post“ sind einige Zuschriften von Frontoffizieren zugegangen, die über die wahren Ursachen des Zusammenbruchs im Herbst 1918 wertvolles Material liefern. Ein bayerischer Frontoffizier schreibt u. a.: „Verehrte Redaktion, gestatten Sie einem Offizier, der den Krieg von Anfang bis zu Ende in der Front mitgemacht hat, einige Bemerkungen. Auf dem Rückmarsch durch die Rheinprovinz und Pfalz, durch Baden und Württemberg hörte ich mich oft fragen, nicht wahr, unsere Front war noch ungebrochen, wir konnten doch noch monatelang weiterkämpfen, die Gegner wären doch noch vor uns müde geworden? In manchen Fällen verdrängten sich diese Fragen zu starken Glaubenssätzen, und leider wurden diese Glaubenssätze auch von Offizieren, und zwar nicht bloß von jungen Leutnants, sondern auch von selbstbewußten Generalstabsoffizieren bekräftigt. Für den schönen Wahn der Laien spricht mißverstandene Kritiklosigkeit, Autoritätsglaube und die ihnen aneignete Überzeugung von der Unbestechlichkeit unseres Heeres und von der Unüberwindlichkeit unserer Generalstabschefen. Den Sachleuten muß ich aber sagen, wenn sie diesen Irrtum teilen, so verlieren sie in der Bedienung des Stabes die geistigen und dynamischen Momente, die den Zusammenbruch unabweisbar herbeiführen mußten.“

Diese falsche Einschätzung der feindlichen Faktoren durch die höheren Kommandanten fällt allerdings weit mehr ins Gewicht, als die sonstigen Fehler in der Bedienung des Stabes. Nicht die Wühl-

arbeit der Sozialdemokratie, nicht der böse innere Feind hat unsere Front nach den hoffnungslosen Kämpfen des letzten Kriegsjahres erschüttert und aufgelöst, sondern eine übermächtige Naturgewalt. Nach vierjähriger Höchstanspannung aller Kräfte brach der riesenstarke Organismus des deutschen Heeres an der physisch und seelisch nicht aufzuhaltenden Erschöpfung der Fronttruppen zusammen. Der sichtbare Verfall des Kampfes der Fronttruppen begann 1916 mit der Sommerschlacht. Bei der Verfassung der Truppe nach jenen furchtbaren Kampftagen mit offenem Auge und fühlendem Herzen beobachtet hat, der muß belennen, daß ihre moralische Erschütterung der Größe der überstandenen Leiden entsprach. Sie nahm progressiv zu; selbst der kräftige Schwung der großen Angriffskämpfe vom Frühjahr 1918 konnte keinen Offizier darüber hinwegtäuschen, daß die Truppe nicht mehr die alte war. Hochs Gegenoffensive machte es aber allen, Offizieren und Soldaten, klar, daß wir in täglich rascherem Rhythmus der endgültigen Niederlage unaufhaltsam zusteueren. Der Waffenstillstand hat wenigstens einer völligen Devoute vorgebeugt. Man wendet ein, der Gegner habe doch unter den gleichen Umständen zu leiden gehabt. Das trifft aber selbst für die am schwersten mitgenommenen Franzosen nicht zu. Dann der amerikanischen Hilfeleistung konnten ihre Divisionen reichliche Ruhezeiten genießen; die Engländer waren zäher denn je, die Amerikaner, entgegen den geringfügigen Vorurteilen unseres Generalstabs, zahlenmäßig und moralisch vorzüglich. Um es mit einem Worte zu sagen, es konnte nicht anders kommen. Vom August 1918 ab waren uns die Gegner nicht bloß materiell, sondern auch seelisch unbefreitbar überlegen.

So standen die Dinge im November des verflorenen Jahres. Das brachte aller Dinge erlag einem organischen Kräfteverfall, den kein Wunder hätte aufhalten können. Denn er war die Folge eines Naturgesetzes, nicht, wie besessene Wahrheitsleugner behaupten, die Frucht sozialistischer Umtriebe. Wir hatten in unserer Division zuletzt Industriearbeiter und Bauern fast zu gleichen Teilen. Systematische Verheerungen waren mir nicht entgangen. Ich habe an der Front während des ganzen Krieges nichts davon bemerkt. Jedem Frontoffizier ist hingegen bekannt, daß an dem Königreiche der Vorkämpfer und Anführer die Soldaten aus gutatholischen Randgebieten mindestens den gleichen Anteil hatten, wie die der Industriestädte.

Dieses moribund gewordene Heer wurde nun in den letzten Kriegsmomenten einem geradezu zermalmenden technischen Drucke ausgesetzt. Die Überlegenheit der Verbündeten an Menschen und Kriegsmaterial überstieg am Ende des Krieges bei weitem jene der Koalition von 1813 und 1815 über Napoleon I.

Also stand uns sicher eine dreifache Übermacht gegenüber, deren technische Übermacht gar nicht abzuschätzen ist, und dabei hatten die Amerikaner erst ein Drittel ihrer Armee herübergebracht. Das ist die Wahrheit, mit ihr müssen wir uns abfinden. Wer diese Sachlage auch nur von rein militärischen Gesichtspunkt betrachtet, wird die Leistung des deutschen Heeres in diesem Weltkampfe richtig einschätzen. Sie erhebt sich hoch über alles menschliche Maß. Sie stellt alle Kriegseinstellungen der Weltgeschichte, auch die Glanzzeiten der friderizianischen Zeit und der napoleonischen Epoche tief in den Schatten. Der Mangel ist im Ringen mit drei anderen Mängeln erlegen. Es konnte nicht anders sein, wir haben übermenschliches getan und brauchen uns wahrhaftig nicht zu schämen. Jedem Volke ist in seinem Können eine Grenze gesetzt, menschlicher Wille kann sie nicht überwinden. An dieser Grenze allein ist unsere Kraft gescheitert, würde sie immer scheitern, wenn die Politik uns jemals wieder vor die gleiche Aufgabe stellte!

Ein heftiger Frontoffizier schreibt unter Bezugnahme auf obige Ausführungen u. a.: Gestatten Sie, verehrliche Redaktion, einem heftigen Frontoffizier, der auch ununterbrochen seit 1914 an der Front gestanden hat, als Feldartillerist noch einige Ergänzungen zu den trefflichen Ausführungen seines bayerischen Kameraden in Nr. 151 Ihres geschätzten Blattes.

Ich danke die Erläuterung des Kampfes der Fronttruppen auf die Februaroffensive bei Verdun zurück, wo sich Prinzipien in maßlosem Maßstabe durch unsere braven Grenadiere und Kanoniere einen geschichtlichen Ruhmestitel erkämpfen wollten. Tausende und abertausende wurden, obwohl sie die Ausblösung ihrer Tapferkeit angeht, der enormen Befestigungen klar erkannten, in gänzlichiger Verneinung der Kampflage vorgeführt und mußten einem wahnsinnigen Unternehmen ihr Leben opfern. Von da ab schritt die Demoralisierung der Front mit Riesenschritten fort.

Auch ich könnte Vorkämpfern und Kräutern, die immer noch an die Möglichkeit eines guten Ausgangs unserer verlorenen Sache glauben, zahlenmäßig beweisen, daß unser Glückstern einige Wochen nach dem 7. November sicher erloschen wäre. Meine Batterie bestand in dem letzten schweren Ringen, wo wir einem dreifach überlegenen Feind schrittweise den Boden freigeben mußten, nur noch aus zwei ausgebildeten Kanonieren. Für die blutigen Verluste, den Abgang durch Krankheit und Abkommandierungen war wochenlang kein Ersatz zu haben. Bataillonskommandeure erzählten händeringend, daß es ihnen unmöglich wäre, ohne Verstärkungen die Front auch nur noch 24 Stunden zu halten, und der Ersatz blieb aus, da unsere Führung, soweit man in diesen letzten Kämpfen überhaupt noch von einer solchen an der Front etwas merkte, nicht wußte, woher sie ihn nehmen sollte.

Da kam wie eine Erlösung die Selbstbefreiung des deutschen Volkes vom stäubigen Joch und ersparte Tausenden von Menschenleben, mit denen man jahrelang wie mit Geld an der Roulette umgegangen war, ruhmlosen Tod, der Heimat unaussprechliche Verwüstung.

Und in einer weiteren Zuschrift heißt es: „Als ehemaliger Frontoffizier möchte ich es nicht veräumen, zu dem Leitartikel der gestrigen Nummer Stellung zu nehmen. Ich war selbst bis zum Schlusse des Krieges als Offizier der Infanterie an der Front gestanden und kann dem Artikel: Die Ursachen des Zusammenbruchs 1918, Satz für Satz unterstreichend, nur meine volle Zustimmung geben. Der Artikelschreiber gibt die wahren Gründe des Zusammenbruchs der Front in vortrefflicher, objektiver, sachlicher Weise wieder. Wir Frontoffiziere wußten, und fühlten an eigenen Leibe und selbst höhere Offiziere der Stäbe, mit denen man gelegentlich in Verbindung kam, geben dies zu, daß wir besonders seit der Sommerschlacht es mit einem an Zahl und Technik überlegenen Gegner zu tun hatten. Die Folgen davon wurden an der Front bitter empfunden. Und so trat mit der allmählich immer empfindlicher werdenden militärischen Überlegenheit des Gegners bei uns eine gänzliche seelische Depression ohne Gleichen ein. Wer an der Front stand, wußte, daß seit Juli 1918 Offizier wie Mann an der Front nicht mehr an Sieg glaubten.“

Diese abnungsvolle Erkenntnis der kommenden Niederlage zusammen mit der unter Einsatz ungeheurer technischer Mittel beginnenden allgemeinen Offensiv in September 1918 mußte den Zusammenbruch unbedingt herbeiführen. Wir waren an der Grenze der Möglichkeit angelangt. Die Folgen einer unglücklichen und unfähigen Außenpolitik haben das deutsche Heer zermalmt.“

Deutsche Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung beriet gestern die Interpellationen Arnstadt (D. N.), Heintze (D. N.) und Gen. über die Landwirtschaft.

In der Begründung der Interpellationen sagte Abg. Wittboeck (D. N.): Würden die Absichten der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums bewilligt, so würde der freie Handel zum schwersten Nachteil für die Aufrechterhaltung des Handels und der Industrie ausgeschaltet werden. Wir verlangen die schleunigste Beilegung der Außenhandelsstellen. Der Freihandel ist ein gut funktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Preiswucher verhindern und unsere Valuta verbessern. Reichsminister Schmidt: Trotz der Blockade sind unsere Absichten nicht allzu ungünstig. Unser Boden, die Bergwerke und Verkehrsnetze können bald wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald nur erst die Arbeit wieder einsetzt. Das Reichswirtschaftsamt wird versuchen, die Interessenkonflikte und Gegensätze, die entstehen, zu beilegen. Ein starres System kann es nicht aufstellen, sondern es muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien verfahren. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das gesamte Interesse es einigermaßen zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhr unbeschränkt zu gestatten, geht bei der gegenwärtigen Streitlage und dem Stande der Valuta nicht an. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solcher Artikel, die wir im Lande erhalten können, oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Kontrolle. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Wichtig ist es, unserer Textilindustrie die notwendigen Rohstoffe zuzuführen. Die Rohstoffversorgung erschließt überhaupt ein reiches Gebiet des Handels. Der Großhandel wird bei genügender Aufsicht keine Monopolstellen erhalten. Es folgen die Interpellationen Dr. Heintze (D. N.) und Gen. und Arnstadt (D. N.) über den Landarbeiterstreik.

Zur Begründung ergriff Abg. Dufsch (D. N.) das Wort und führt u. a. aus: Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigelegt, aber er kann jeden Augenblick wieder neu ausbrechen. Verbrecherische Agitatoren sind im Lande tätig, um mit ruffähigem Gelde die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzureizen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermisst haben.

Abg. Behrens (D. N.): Die Not, die aus einem Landarbeiterstreik für die Landwirtschaft entstehen würde, wäre die Not des ganzen Volkes. Wir verlangen deshalb von der Regierung Ermöglichung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Natural-löhne auszusahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens.

Reichsarbeitsminister Schide: Jeder von uns wird den Ausbruch des Landarbeiterstreiks auf das tiefste bedauern, aber es darf durchaus nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der rücksichtslosen Ausnutzung der Konjunktur ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. In Vorbeugungsmassregeln ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung noch folgendes gegeben: bezugnehmend auf folgendes in Aussicht genommen: Ein Erlass, der wilden Kündigungen der Landarbeiter vorbeugen soll, Ausbau der Befestigung des Tarifwesens; endlich sind Verhandlungen im Gange, in wieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch und zwar nicht nur durch die Arbeitnehmer, sondern vor allen Dingen auch durch die Arbeitgeber. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzutasten, oder einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, die Besprechung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Krähig (Soz.): Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwickelt hat, stimmen wir im großen und ganzen zu, aber wir müssen fragen, wo bleibt der Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend herbeiführt haben. Wir wollen durch das internationale Proletariat zu einem internationalen Abkommen gelangen. In der sozialdemokratischen Gesellschaft ist kein Platz für Müßiggänger. Die Sozialisierung muß durchgeführt werden, wenn auch nicht in allen Wirtschaftszweigen. Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik neben der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir wünschen den Belagerungsstand zum Teufel, aber die Spartakisten müssen erit einsehen, daß sie sich bei ihrer Politik der Danbgranaten blutige Köpfe holen. Die Selbstzerfleischung des Volkes muß aufhören. Alle Kräfte müssen zusammenziehen, damit unser deutsches Volk nicht untergeht.

Im 12 Uhr vertagt sich das Haus. Weiterberatung Freitag vormittags 10 Uhr; außerdem kleine Anfragen.

Politische Neuigkeiten.

Der Rücktransport der Gefangenen über die Schweiz.

Zwischen der schweizerischen Bundesregierung und der Regierung Deutschlands und Frankreichs finden zur Zeit Verhandlungen statt über die Transporte der noch in Frankreich befindlichen Gefangenen durch die Schweiz. Man kam bis jetzt dahin überein, daß etwa 100 Züge durch die Schweiz geleitet werden sollen. Die Transporte werden in vier bis fünf Wochen beginnen. Täglich sollen zwei Züge mit je 800 Mann abgehen.

Die Bildung von neuen Staaten im Reich.

Das zwischen den Regierungsparteien geschlossene Kompromiß über die Bildung von neuen Staaten innerhalb des Reichs gab dem § 16 der Verfassung folgenden Wortlaut: „Die Änderung des Gebiets von Ländern oder die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs durch die Vereinigung oder Abtretung setzt die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung geordert wird und ein überwiegendes Allgemeininteresse vorliegt. Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Viertel der zum Abstimmungsrecht berechtigten Einwohner des abzutretenden Gebietes sie verlangt.“ Zum Beschluß dieser Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel aller Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich nur um Abtretung einer preussischen Provinz, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des in Betracht kommenden Bezirks festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutretenden Gebietes mit dem Gesamtgebiet nicht besteht, so kann auf-

Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutretenden Gebiets als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung wird die Reichsregierung dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorlegen. Entsteht bei der Vereinerung und Abtreibung Streit über die Vermögensaus-einanderbeziehungen, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich.

Erzberger stellt die Vertrauensfrage.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts beschäftigte man sich mit „B. Beob.“ eingehend mit den Angriffen des Dr. Helfferich und des Grafen Wedel gegen den Reichsminister Erzberger. Es ist möglich, daß das Kabinett, da Erzberger Vizepräsident des Staatsministeriums ist, im Anschluß an die große politische Debatte in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage stellen wird. Erzberger stellte bereits gestern in der Fraktions-sitzung des Zentrums die Vertrauensfrage, worauf ihm seine Partei das Vertrauen aussprach.

Die Reichssteuergesetze.

Die „Frankfurter Zig.“ meldet aus Stuttgart, daß zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und dem süddeutschen Finanzminister eine Einigung in der Frage der Ausgestaltung der Reichssteuergesetze erzielt worden sei.

Arbeiterausperrungen in Berlin.

Aus Berlin wird unterm 24. gemeldet: Im letzten Samstag wurde in einem Werk der Siemens-Werkstatt eine Besatzung der Betriebsleitung herangezogen, die mitteilte, daß das Werk am Montag wie gewöhnlich zur Arbeit geöffnet wäre. Sieben Personen wurden deshalb zur Arbeit entlassen. Die Arbeiter schickten daraufhin am gestrigen Mittag in die passive Resistenz. Die Aufforderung der Betriebsleitung zur Arbeitsaufnahme, die bereits gestern Nachmittag ergangen war, blieb auch heute fruchtlos. Die Arbeiter erschienen zwar morgens pünktlich in den Fabriken, weigerten sich aber, irgend welche Arbeiten auszuführen. Alles gütliche Jurebden der Betriebsleitung wurde mit Lachen abgewiesen. Da auf diesem Wege nichts zu erreichen war, wurde der Direktions-ausschuß zu einer Sitzung zusammenberufen. Dieser beschloß heute Nachmittag um 4 Uhr die gesamten Arbeiter der in Betracht kommenden Werke reißlos auszusperrten. Infolgedessen werden heute rund 10 000 Arbeiter der Siemenswerke entlassen. Welche Folgen diese Maßregel haben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Die „Der Abend“ meldet, haben die Vorläufigen Maschinenfabriken in Tegel den Hammerschmieden, die seit längerer Zeit im Streik stehen und hierdurch die Tätigkeit der übrigen Abteilungen behindern, jetzt gelündigt. Es ist von der Firma in Aussicht genommen, die Tegel'sche Werke überhaupt zu schließen, wenn die Arbeiter weitere Schwierigkeiten machen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine gedeihliche Arbeit unmöglich ist.

Schwere Unruhen in Straßburg.

Über schwere Unruhen in Straßburg sind der „Offenburger Zig.“ Nachrichten übermittelt worden, nach denen es am Dienstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem französischen Militär und der Zivilbevölkerung kam. Anlaß war der Streik der Straßenbahner. Um den Verkehr aufrecht zu erhalten, hatten französische Offiziere und Unteroffiziere die Bedienung der Wagen übernommen, was zu gewaltiger Erbitterung in der Arbeiterklasse führte. Sie bombardierten die Straßenbahnwagen mit Steinen und zerstörten die Leitungsdrähte. Bei dem Zusammenstoß soll ein Offizier und einige Soldaten getötet und mehrere hohe französische Persönlichkeiten mißhandelt worden sein. Flugblätter wurden verteilt, die für eine Selbstständigkeit des ehemaligen Reichslandes eintraten. Allem Anschein nach ist die Stimmung der Straßburger Bevölkerung sehr erbitert.

Der abgelagte Generallstreik in Frankreich.

Der Nationalrat der französischen Gewerkschaften schickte am Dienstag die Verhandlungen über den abgelagten Generallstreik fort. Aus den Berichten der Sekretäre einzelner Gewerkschaften ging hervor, daß die Arbeiter über die Bedeutung des Streiks nicht genügend aufgeklärt waren, und daß der Streik, wenn man ihn nicht verbotenen Fälle, zu einem Stillstand hätte führen müssen. Die Sekretäre der Eisenbahner und Postbeamten ließen keinen Zweifel darüber, daß die Mitglieder ihrer Gewerkschaften nicht durchweg gewillt waren, den öffentlichen Verkehr am 21. Juli lahmzulegen. Der Nationalrat nahm dann eine Entschließung an, in der die Wirtschaft- und Finanzpolitik des Ministeriums verurteilt und erklärt wird, daß eine Besserung der Lage in Frankreich nicht durch die Abweisung einzelner Personen, sondern nur durch einen Wechsel der Grundzüge, der den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse entgegenkomme, erzielt werden könne.

Revolution in Kroatien.

Das ungarische Tel.-Korr.-Bureau erhält laut W.L.V. von verschiedenen Orten der Demarationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien. Die Serben versuchen, die kroatischen Revolutionäre durch Militär niederzuhalten. In mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß kroatische Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen und für die ungarische Regierung demonstriert hätten. Stellenweise haben die Kroaten die Demarationslinie überschritten und sich mit den roten Soldaten verbrüder.

Eine Mitteilung der L.N. aus Budapest besagt: Bei Galasgerjag überschritten gestern früh zwei Kompanien jugoslawischer Soldaten die ungarische Grenze und teilten der ungarischen Grenztruppe mit, daß in Kroatien die Revolution ausgebrochen sei und eine Rätebildung errichtet werden soll. Sie brachten ein Hoch auf die Diktatur des Proletariats aus und verlangten von den Ungarn rote Fahnen, da ihnen verboten gewesen wäre, die Fahnen der Internationale zu führen.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Großwesir hat am Montag die Demission des Kabinetts überreicht. Abd Scherif Pascha wurde mit der Neubildung beauftragt. Mit Ausnahme von Tenzif Pascha und Tazet Pascha sind die Minister ohne Portefeuille aus dem Ministerium verschwunden. Der Scheich ul Islam und die Minister der Finanzen, des Unterrichts und frommen Stiftungen behalten ihre Portefeuilles, ebenso die übrigen Minister. Krieg Nazim Pascha, Marine Halil Pascha, Justiz Mustafa Pascha, öffentliche Arbeiten General Abul Pascha, Inneres Abdil Pascha.

Badische Ueberlicht.

Badischer Landtag.

oc. Die Mitglieder des bad. Landtags unternahmen heute Nachmittag mit Vertretern der Regierung und der Presse eine Fahrt nach Otzheim, um dort selbst das biblische Spiel von Sains Brudermord anzusehen. Die Witterung war der Ausführung im allgemeinen günstig, die den Beifall der Besucher fand.

Die Durchführung von Kulturverbesserungen in Baden.

oc. Der im badischen Landtag von dem Abg. Schön (Dem.) zu erstattende Bericht über den Gesetzentwurf betr. die Durchführung von Kulturverbesserungen ist soeben im Druck erschienen. Der Berichterstatter legt darin zunächst den Zweck dieses Kulturgesetzes nieder, der dahin geht, die erheblichen Widerstände, welche sich gegen die Inangriffnahme von Meliorierungen zeigen, da, wo ein dringendes öffentliches Interesse es erfordert, zu brechen. Der Weg ist Verleihung des Rechtes an das Arbeitsministerium, 1 beteiligte Grundeigentümer zungsweise zu einer Wassergenossenschaft zu vereinigen. Die Bildung von Wassergenossenschaften war schon bisher im Wasserrecht geregelt. Das jetzige Kulturgesetz erweitert die Bestimmungen des bisherigen Wasserrechts. Für Meliorierungsarbeiten kommen in Baden vorwiegend Wiesenentwässerungen und Verbesserungen in Frage. Aber die Aufnahme des Gesetzentwurfs ins Justizausmaß bemerkt Abg. Schön, daß der Ausschuß grundsätzlich dem Entwurf zugestimmt hat und daß sich keine Partei dem Geiste der wirtschaftlichen Gründe, die zu dem Entwurf führten, entzog, zumal über beste Erfahrungen und Erfolge bei schon durchgeführten Verbesserungen (so aus Drudschal und Donaufschlingen) berichtet werden konnte. Gegenüber im Ausmaß geäußerten Bedenken wegen weitgehender Eingriffe wurde von der Regierung die Zusage gegeben, daß mit der vom Gesetz geschaffenen Gewalt nicht gewütet werden soll. Der Landtag selbst wird sich in der nächsten Woche mit dem neuen Gesetz befassen.

Anträge und Interpellationen.

oc. Im bad. Landtag haben die demokratischen Abgeordneten Schön, Schneider-Emmendingen und Red einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, sie wolle nach diesem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem als Ergänzung zu dem Gesetz vom 12. Mai 1896 über die Haltung der Jagdscharen, Zwisch- und Zwischböden vorgeschrieben sind, daß Gemeinden, in denen Schafzucht betrieben wird, verpflichtet sind, die zu diesem Behufe erforderlichen Schafböden anzuschaffen und zu unterhalten.

Die Überwachung der Zentralstrafanstalten.

oc. Das Justizministerium hat im Benehmen mit den in Betracht kommenden örtlichen Arbeiterorganisationen den bei jeder badischen Zentralstrafanstalt bestehenden Aufsichtsrat, der mit weitgehenden Überwachungs- und Verfügungs-Befugnissen hinsichtlich der Behandlung der Gefangenen ausgestattet ist, durch Verlegung von zwei, beim Landesgefängnis Mannheim von 3 Personen aus dem Stande der Arbeitnehmer ergänzt. Unter dieser dem Arbeiterstande angehörenden Personen befindet sich beim Landesgefängnis und der Weibstrafanstalt Drudschal eine Frau. Auch wurde bei der letztgenannten Anstalt eine weitere Frau in den Aufsichtsrat berufen.

Preßabteilungen

errichten jetzt auch die Regierungen der republikanischen Gliedstaaten Bayern und Hessen. Der bayerische Minister hat vor kurzem den Beschluß gefaßt, ein für sämtliche Ministerien tätiges Presseamt zu schaffen. Die bayerische Regierung trifft ebenfalls die hierzu nötigen Vorbereitungen. Württemberg besitzt bereits seit längerer Zeit eine solche notwendige Institution. Die Presseabteilungen arbeiten in dem gleichen Sinne, wie die Presseabteilung der badischen Regierung, in sorgfältiger Verfolgung der Presse des Landes deren Wünsche und Anregungen, sowie Kritik an öffentlichen Einrichtungen und an Regierungsmaßnahmen in einer Zentralstelle zu sammeln und an die zuständigen Stellen weiter zu leiten. Die „Münd. Neuest. Nachr.“ bemerken dazu: Wenn die Presseabteilungen dem hier gekennzeichneten Programm treu bleiben, können aus ihrem Zusammenarbeiten mit der Presse alle Beteiligten, die Allgemeinheit, die Regierung und die Presse Nutzen ziehen.

Die Ausbildung von Fortbildungsschullehrerinnen.

Das Unterrichtsministerium hat soeben einen Erlaß über die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen herausgegeben, da nach dem neuen Fortbildungsgesetz der Unterricht an den Mädchenfortbildungsschulen durch Lehrerinnen erteilt werden soll. Um den zurzeit im Dienst stehenden Volksschullehrerinnen, die sich dem Beruf einer Fortbildungsschullehrerin widmen wollen und den Haushaltungsschullehrerinnen den Zugang zum Beruf der Fortbildungsschullehrerin zu ermöglichen, wird die Teilnahme an der dazu nötigen besonderen Prüfung erleichtert und an dem Haushaltungsfach des bad. Frauenvereins unter Leitung des Unterrichtsministeriums höhere Ausbildungstufe abgehalten.

Tagung des Verbandes der Polizeibeamten Badens.

oc. Vor wenigen Tagen fand eine stark besuchte Tagung des Verbandes der Polizeibeamten Badens statt, der Vertreter des Ministeriums des Inneren und der befreundeten Verbände Württembergs und Hessens amnoteten. Der 1. Vorsitzende des Verbandes Polizeikommissär Graf-Karlsruhe leitete die Verhandlungen, in deren Verlauf eine Reihe Anträge angenommen wurden. Darunter befinden sich solche über die baldige Behebung der mangelhaften und gesundheitschädlichen Beschaffenheit der Polizeiwachtlokalen, ferner ihre nächtliche Beleuchtung mit rotem Licht. Zur Einstellung von Hilfskutschleuten sprach sich die Versammlung dahin aus, daß solche nicht mehr eingestellt werden sollen. Aber die Verwendung von Polizeibeamten auf den polizeilichen Meldestellen und im Polizeienstand gab die Tagung ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß diese Dienststellen mit aus dem Polizeidienst ausgeschiedenen Beamten besetzt werden sollten.

In ihrem weiteren Verlauf befahte sich die Versammlung neben einer Reihe Landesfragen auch mit der Wohlfahrts-pflege und beschloß hierzu, das Ministerium zu ersuchen, zur Erwerbung eines Erholungsheims für die Polizeibeamten einen Grundstücksbetrag von 10 000 M. zu bewilligen und wenn möglich geeignete Gebäulichkeiten zu diesem Zweck zu überla-

sen. Die Versammlung hörte sodann ein Referat des Vorsitzenden Graf über die Polizei im Volksstaat Baden, wobei der Redner die Forderung vortrug, auch der Polizei alle Errungenschaften der Technik dienlich zu machen und die Polizeibeamten auf Staatspolizeischulen weiter zu bilden. Nach einer sehr regen Aussprache wurde ein Beschluß gefaßt dahingehend, daß die Schaffung einer militärischen Polizeitruppe mit aller Entschiedenheit abzulehnen und die Verstaatlichung sämtlicher Berufspolizeibeamten des Landes zu fordern sei.

Eine neue Schwarzwaldbahn?

B.C. Die Handelskammer Straßburg hat den Wunsch nach Paris geäußert, Deutschland zur Erstellung der Aniebslinie durch den Schwarzwald zu veranlassen, um dem französischen Export nach dem Osten Erleichterungen zu schaffen. Die Erstellung dieser, übrigens auch schon von deutscher Seite einmal ins Auge gefaßten Linie würde den Durchbruch des Aniebs erfordern, wodurch Oppenau mit Freiburg verbunden würde. Es käme hierdurch eine Verbindung zwischen Straßburg und Ulm zustande, die tatsächlich um 55 Kilometer kürzer wäre, als die bestehende Linie.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 25. Juli. Die städtischen Aushilfsangeestellten haben in einer Versammlung beschlossen im Streik anzuharren. Die unständigen Straßenbahner werden sich dem Streik anschließen.

Weinheim, 25. Juli. Im Verfolg der Neuwahlen hat Bürgermeister Dr. Wetstein, dessen Amtszeit noch zwei Jahre läuft, dem Gemeinderat sein Amt zur Verfügung gestellt und um Pensionsregelung auf Grund seiner Dienstbeschädigung (schwere Kriegsverwundung) gebeten.

B.C. Pforzheim, 24. Juli. Das Geld, das der Schieber und Deferteur Rombach aus Braunlingen dem Gesellschafter Röd aus Pforzheim abgeschwindelt hat, konnte zum größten Teil beigebracht werden. 85 000 M. konnte man ihm bei der Verhaftung in München abnehmen, 498 000 M. wurden in einem Schuppen des bayerischen Anwesens des Schwändlers in Braunlingen bergabgefunden. Außerdem konnten im Donaueschingen und Umgebung Gelder, die Rombach im Besitz hatte, beschlagnahmt werden.

oc. Tauberbischofsheim, 24. Juli. Der Kommunalverband hat verschiedene Blättermeldungen zufolge auf Grund einer Verfügung des Ministeriums des Inneren den Direktor Hoff wegen nachgewiesener grober Unregelmäßigkeiten seines Postens als Vorsitzender des Kommunalverbandes entlassen. Wie hierzu der „Volksstimme“ nach berichtet wird war letzter Tage in einem Schuppen des bayerischen Anwesens des Schwändlers in Braunlingen bergabgefunden. Außerdem konnten im Donaueschingen und Umgebung Gelder, die Rombach im Besitz hatte, beschlagnahmt werden.

oc. Säckingen, 22. Juli. In dem benachbarten schweizerischen Ort Sisseln wurde ein Landjäger von einem 27jährigen, aus dem Gefängnis in Kaufenburg entlassenen Verbrecher erschossen. Der Täter bemächtigte sich dann des Revolvers des Landjägers und schoß gegen jeden, der sich ihm nähern wollte. Hierbei verletzete er seine Schwägerin schwer. Schließlich beging der Verbrecher Selbstmord.

oc. Bruch, 22. Juli. Die evang. Missionsnische hat zur Sonntagstube Stellung genommen und sich gegen die neuerlich hervortretenden Bestrebungen, an Sonntagen die Läden in den kleineren Städten wieder zu eröffnen, ausgesprochen. Die Synode beschloß die Oberkirchenbehörde zu ersuchen, bei der Staatsbehörde für eine strengere Sonntagstube einzutreten und auch den Schluß der Gastwirtschaften für den Sonntag vormittag herbeizuführen.

Badische Zeitungsstimmen.

Die bedrohte Finanzhoheit der Bundesstaaten.

In der „Badischen Landeszeitung“ schreibt Dr. Heinrich Dröge unter dieser Überschrift zu der geplanten Reichseinkommensteuer u. a. folgendes:

„Der badische Finanzminister nimmt, wie aus seiner Rede im Haushaltsauschuß des Landtags hervorgeht, zu diesem Plan eine ablehnende Stellung ein. Es ist in der Tat eine zunächst noch unbewiesene Behauptung, daß das Reich nur auf diesem Weg in den Besitz der notwendigen Mittel kommen könne. Man kann sich sehr wohl damit abfinden, daß das Reich die Veranlagung zur Einkommensteuer in die Hand nimmt und eine eigene Einkommensteuer erhebt. Aber es muß den Staaten und Gemeinden überlassen bleiben, zu dieser Reichseinkommensteuer die Zuschläge zu erheben, die für sie erforderlich sind. Eine Bevormundung in der Art, wie sie den Bundesstaaten und Gemeinden angedroht wird, erscheint unerträglich und unnötig. Zum mindesten sollte der Versuch gemacht werden, ob nicht durch Einführung einer Reichseinkommensteuer, zu denen Staat und Gemeinden Zuschläge erheben, alle drei Beteiligten ihr Auskommen finden. Der Erzberger'sche Vorschlag hätte nur dann einen Sinn, wenn man von jedem Steuerpflichtigen so hohe Beträge erheben zu müssen glaubt, daß ihm nur ein Existenzminimum und somit für die Besteuerung durch Staat und Gemeinde keinerlei Spielraum mehr verbliebe. Ob ein solcher Pessimismus gerechtfertigt ist, der das Maß von trüber Voraussicht, das zum Amtseide eines jeden Finanzministers gehört, bis in die Wollen vergrößert, darüber kann auch Herr Erzberger im Augenblick noch keine Auskunft geben. Der Umstand aber, daß die Einkommenbesteuerung bisher im Reich wesentliche Unterschiede aufwies und zu Kapitalabwanderungen nach steuerlich begünstigten Gebieten Veranlassung gab, hat für das Reich kein unmittelbares Interesse.“

Es mag sehr wohl sein, daß wir eines Tages im deutschen Zentralstaat münden. Man sollte aber den deutschen Einheitsstaat nur langsam heranzüchten lassen. Werden wir mittels solcher gezwungen Experimente, wie man die Konkingentierung von Bundesstaaten und Gemeinden auf dem Gebiete der Einkommenbesteuerung bezeichnen darf, dem Zentralismus Hals über Kopf entgegengeführt, so wird ein Beschlagen jenes Experiments gerade in Süddeutschland eine maßlose Reichsverbrossenheit mit all ihren üblen Folgen zeitigen. Es ist zu dem so, daß alle Zentralisationsbestrebungen im gegenwärtigen Augenblick in der Hauptsache zu dem führen, was man in Süddeutschland garnicht mit Unrecht seit Jahr und Tag als Schredgespenst an die Wand zu malen pflegt, nämlich zu einer Verprezierung, oder, was noch weniger erwünscht ist, zu einer Verflüchtigung des ganzen deutschen Reiches. Vor gar nicht langer Zeit ist das deutsche Brauntweinmonopol geschaffen worden. Heute geht schon ein Sturm der Entrüstung durch die badischen Brennerkreise, weil die ganze Monopolverwaltung in Berlin zentralisiert und den süddeutschen Interessenten kaum Gelegenheit gegeben ist, ihre Wünsche geltend zu machen. Ein typischer Fall, der zeigt, was wir auch auf anderen Gebieten zu erwarten haben!

